



# Krippenausbau droht an Fachkräftemangel zu scheitern

**Pressemitteilung von Diana Golze, 28. Mai 2007**

**Anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage, in der die Fraktion DIE LINKE. die Bundesregierung zu ihren Konzepten zur Deckung des Personalbedarfs für den geplanten Ausbau der Kindertagesbetreuung (Drs. 16/5407) befragt hat, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, Diana Golze:**

Die Bundesregierung hat bestätigt, dass durch den geplanten Ausbau der Krippenplätze und die Pensionierungswelle der nächsten 5 Jahre 92.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher gebraucht werden. Die Ausbildungskapazitäten der Fachschulen für Sozialpädagogik liegen bei gleichbleibenden Kapazitäten bei etwa 60.000 Absolventinnen und Absolventen. Somit ergibt sich nach Angaben der Bundesregierung zumindest eine Personalbedarfslücke von etwa 30.000 Fachkräften.

Die Bundesregierung bleibt die Konzepte schuldig, wie der sich abzeichnende Personalbedarf an qualifizierten Fachkräften gedeckt werden soll. Sie hofft auf arbeitslose Erzieherinnen und Erzieher,

Personal in der Babypause und Absolventinnen der Ausbildung, die inzwischen anderen Berufen nachgehen. In diesem Zusammenhang nennt die Bundesregierung die Zahl von ca. 40.000 Personen, die im Jahr 2005 für Tätigkeiten als Erzieherin bzw. Erzieher in Deutschland arbeitsuchend gemeldet waren. Der Bedarf an Fachkräften sei somit rein rechnerisch gedeckt. Verwendet man aktuellere Zahlen der Bundesagentur für Arbeit und das realistischere Kriterium "arbeitslos" wird deutlich, dass sich die Bundesregierung die Zahl der vorhandenen arbeitslosen Fachkräfte schönredet: Im April 2007 waren lediglich ca. 14.000 Erzieherinnen und Erzieher arbeitslos gemeldet. Wenn die Bundesregierung weiter nach dem Prinzip Hoffen und Harren verfährt, droht der Krippenausbau am Fachkräftemangel zu scheitern.

Außerdem fehlen Konzepte gegen die wegen höherer Tariflöhne im Westen drohende Abwanderung von Erzieherinnen und Erziehern aus Ostdeutschland. Hier verweist die Bundesregierung lapidar auf die Länderverantwortung. Die Bundesregierung streitet viel zu lange über das Ob des Krippenausbaus und das Wie der Finanzierung, obwohl es doch längst um die Rahmenbedingungen für die Qualität der Betreuung gehen müsste. Hier ist die Anzahl der zur Verfügung stehenden Fachkräfte zentral, die angestrebten Betreuungsschlüssel sowie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.